

Halleische Reform.

Organ für das  werktätige Volk.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halleische Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pfg. Durch die Post: 1 M. 62 Pfg. inkl. Bestellgeb. (Post-Zeitungsliste Nr. 3398.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pfg. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pfg. — Inserate: Die fünfspaltigen Petit-Zeile 20 Pfennig.

Alle Sendungen sind an Redakteur G. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 15.

Halle a. S., den 1. Juli 1913.

20. Jahrgang.

Der Untergang des Mittelstandes.

Die Zeiten, da die Liberalen unter Führung eines Mannes wie Eugen Richter gegen die Sozialdemokratie gekämpft haben, sind dahin. Offen wird für sozialdemokratische Tendenzen eingetreten, offen Verbrüderung mit der Sozialdemokratie empfohlen.

Die Wähler müssen an die Geschichte des Liberalismus denken und an seine Taten. Taten, die gegen das Volk gerichtet sind, die den

Mittels- und Handwerkerstand ruiniert haben

und der Allmacht des rücksichtslosen Großkapitals zum Siege verholfen haben. Der Handwerker, Kaufmann und Beamte muß mit 5000 Mark Einkommen zum Wehrbeitrag beitragen. Aber die Aktiengesellschaften sollen, so beantragte der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei in der Budgetkommission des Reichstages, von der Steuer frei bleiben.

Was sind dieser Tatsache gegenüber alle Reden und Worte der Liberalen von Mittelstandspolitik und vom Schutz des Handwerks? Worte, leere Worte, denen Taten des Gegenteils direkt gegenüberstehen. Gering nehmen sich die von den rechtsstehenden Parteien zum Schutze der Deutschen Landwirtschaft festgesetzten Zölle gegenüber den Beträgen aus, die das internationale Großkapital an den Verbrauchsariteln des deutschen Volkes durch Spekulation, Trust- und Syndikatsbildung, die so lebhaft von liberaler Seite unterstützt wird, wuchersich erhebt.

Die Sozialdemokratie hat eigentlich nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie der größte Feind des Mittelstandes ist. Sie hat oft genug betont, daß die Kleinbetriebe verschwinden müssen, damit die Verelendung der Massen möglichst schnell vor sich gehe, damit die Unterschiede zwischen Reichtum und Beschlosigkeit recht groß werden und eine Revolution um so günstigeren Boden finden könne. Sie hat daher mit Freuden die liberale Gesetzgebung der 70er Jahre begünstigt, die diese Entwicklung förderte. Sie hat mit den Liberalen all die Vor schläge der rechtsstehenden Parteien bekämpft, die Handwerk, Kleinergewerbe und Kleinkaufmannsstand vor der Erdröschung durch den Großbetrieb schützen sollten. Im Juli 1890 schrieb die „Sächsische Arbeiterzeitung“:

„Wir werden immer bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen; je eher es verschwindet, desto besser.“

Diese Äußerung ist der Sozialdemokratie recht unbecommen geworden. Die im Vorwärtsverlage erschienene Schrift: „Wahlschlagen der bürgerlichen Parteien“, Berlin 1907, sucht sie daher von den Reichsständen der sozialdemokratischen Partei abzuschütteln, und zwar dadurch, daß sie behauptet, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ sei im Frühjahr 1890, als jene Äußerung veröffentlicht wurde, ein von anarchistischen Elementen geleitetes Blatt gewesen. Die „anarchistischen Elemente“ waren aber die sogenannten „Jungen“, von denen sich die Partei erst auf der Erfurter Tagung im Jahre 1891 lossagte.

Bemerkenswert ist eine Äußerung, die im Schuhmacher-Fachblatt, das der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Volk-Gottha verantwortlich zeichnete, am 26. April 1903 veröffentlicht wurde:

„Uns als Arbeiter kann der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, überall tritt er uns hindernd in den Weg, und darum können wir dessen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen.“

Nicht nur die offizielle Sozialdemokratie fordert den Untergang des Kleinbetriebes, auch die Macher und Drahtzieher der sozialdemokratischen Konsumvereine und Genossenschaften sehen in dem Vorhandensein eines selbständigen Handwerkes und Kleinergewerbes ein Hindernis für die Ausbreitung dieser sozialdemokratischen Gründungen. Folgerichtig sagte daher auf der Kreuznacher Versammlung (1902) des Genossenschaftsverbandes der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Pöps: „Wer ehrlich das Genossenschaftswesen fördern will, muß anerkennen, daß es keinen anderen Weg gibt, als daß der Mittelstand wegfällt.“

Sollten am Tage nach der sozialen Revolution (so meint Kautsky im 2. Teile seiner Schrift „Die soziale Revolution“, Berlin, 1907) noch immer Kleinewerbetreibende vorhanden sein, so werden sie so schnell wie möglich expropriert und befeitigt werden.

Die „Leipz. Volksztg.“ schrieb 1905 in Nr. 121:

Die Sozialdemokratie verwirft alle gesetzgeberischen Vorschläge zur Rettung oder auch nur zum Schutze des Mittelstandes als unnütz.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour sagte in einer Versammlung in Berlin 1903:

„Die Sozialdemokratie hat mit dem Mittelstande absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, d. h. der Handwerker, Ladenbesitzer, Klein-Industriellen, zu vertreten.“

Bebel sagt in seiner Schrift „Unsere Ziele“:

„In der jetzigen Gesellschaft existiert eine große Klasse von Menschen — und zwar nicht die schlechtesten — durch den Vertrieb der Produkte. Es ist dies eine Klasse von Leuten, die als Agenten, Makler, Krämer, kurz Zwischenhändler aller Art, ihre Existenz dadurch finden, daß ein Preisauflschlag auf den Preis der Ware erfolgt, den der Kaufmann selbstverständlich bezahlen muß. Große Lager und Basars würden die Stelle unserer Kramladen, kaufmännischen Geschäfte usw. ersetzen.“

Wenn gegenüber diesen nackten unstreitbaren Tatsachen noch ein Mittelstandsmann mit der Sozialdemokratie liebäugeln oder gar einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben sollte, so kann man nur sagen: Er begeht einen politischen und wirtschaftlichen Selbstmord.

Der dritte Feind

ist und bleibt der Jude, der das Filialwesen als Spezialgeschäft ansieht. Alle fahren dabei nicht wohl, wie nachstehende Mitteilung ergibt:

Begen betrügerischen Bankrotts ist der 25jährige Kaufmann Adolf Levinsohn aus der Dranienerstraße in Berlin verhaftet worden. Er hatte im September 1911 in der Rosenhaler Straße 40 ein Schuhwarengeschäft begründet und diesem drei Filialen angegliedert und zwar eine in der Großen Frankfurter Straße 110, die zweite am Hamburger Platz in Charlottenburg, und die dritte in der Rehringstraße. Er entnahm seine Waren fast ausschließlich auf Kredit von auswärtigen Firmen und regulierte nur mit Wechseln. Als die Schuldenmasse über 200 000 Mark groß war, „verschob“ er nur mit langfristigen Wechseln, offenbar mit der Absicht, sie niemals einzulösen. Er wird sich mit seinen Helfershelfern wegen der betrügerischen Manipulationen vor Gericht zu verantworten haben.

Solchem Schwindel rückt man in Deutschland nicht auf den Leib, anders in Frankreich:

Wucherische Warenanhäufung.

Aus Paris wird gemeldet:

Die infolge einer Strafanzeige des Senators und Schokoladenfabrikanten Menier eingeleitete Untersuchung über die an der Pariser Börse im Herbst vorigen Jahres vorgekommenen wucherischen Zunderpekulationen ist nunmehr beendet. Es ist festgestellt worden, daß der Fabrikdirektor Normand in Dreuxincourt (Dep. Dife) Ende September vorigen Jahres 380 000 Saft Zucker angekauft und eingelagert hatte. Der Untersuchungsrichter lud Normand vor und teilte ihm mit, daß er gegen ihn die Anklage wegen wucherischer Warenanhäufung erhebe. Ein Fingerzeig für Deutschland.

Nur dadurch, daß sich alle, Mann für Mann bereit erklären, mitzustreiten für die Befundung des wichtigsten Gliedes unseres deutschen Wirtschaftskörpers, für unseren

ehrbaren, strebsamen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand in Stadt und Land.

Es gibt leider einen großen Teil zaghafter Menschen, die den Glauben an eine Besserstellung ihrer Lage und damit

den Glauben an sich selbst verloren

haben. Immer wieder ergeht daher an die Mitbürger der erste Mahnruf zur Einheit verbunden mit dem Appell an die Liebe jedes Einzelnen zu seinem Stande, seiner Familie und seinem Vaterlande.

Es ist die Stunde gekommen, wo auf

die Halleische Reform

die einzigste Vertreterin des Mittelstandes, abonniert wird. Wenn wir alle versichern,

Einigkeit zu geloben

und uns zu einem großen Bunde zusammenschließen, dem **Mittelstandsbunde für Halle a. S. und den Saalkreis** (Geschäftsstelle Mittelstraße 6), dann ist es möglich, daß der Mittelstand dem „Willen zur Macht“ Nachdruck verleihen kann.

Darum nochmals:

Abonniert auf die „Halleische Reform“!

Halle.

Der „Geburtenrückgang“

in Deutschland, der angeblich stark bemerkbar sein soll, läßt in gelehrten Köpfen die Befürchtung wach werden, daß dadurch die Nachstellung des Deutschen Reiches bedroht werde. Da haben fündige Köpfe herausgeklügelt: Gewährung von Familienzulagen an Beamte nach der Kinderzahl. Als ob die Beamten für Geld und gute Worte Kinder in die Welt setzen, wo sie wissen, daß sie diese trotz Zulage nicht zu ernähren in der Lage sind.

Vorläufig genügt die Menschenfülle, die einem Ameisenhaufen gleicht.

Die fleißigsten Besorger für Kanonenfutter sind die Sozialdemokraten, bei ihnen findet man die meisten Kinder, diese solle man unterfüttern, denn sie werden wieder Sozialdemokrat, auf diese Weise würde der 1., 2. und 3. Stand der Menschen schneller an die Wand gedrückt. Heutzutage kann doch nur der Arbeiter heiraten, die anderen Stände hängen sich in erster Linie vor der Heiraterlei und dem so viel gepriesenen Kinderseggen. Nur nicht schwarz sehen, Deutschland hat noch so viel Rekruten, daß sie nicht alle gebraucht werden, wie wir bei der Generalstellung jetzt gesehen haben.

Die Amnestie

hat viele Erwartungen zu Wasser werden lassen. Man hat erwartet, daß am 16. Juni ein Strich durch die Verurteilungen gemacht werde und die Gefängnistore sich öffnen. Es kam anders. Es werden erst Vorschläge gesammelt über Straftaten, die aus Not, Leichtsinne und Unbesonnenheit oder Verführung begangen sind. Nun denke man einmal vernünftig darüber nach, welche und wie viel Straftaten mit Vorbehalt ausgeht sind. Wenn die Gnade im weiten Umfang richtig verstanden und gehandhabt wird, dann wird einmal Platz in den Strafanstalten geschaffen. Durch die Nachprüfer geht viel Zeit verloren, viele werden ihre Strafe abreißen müssen. Daß die Handhabung der Amnestie nicht die rücksichtsvolle Seite heraushebt, geht daraus hervor, daß ein früherer Gastwirt, der leichsinziger Weise ein Viehespaar beherbergt hat, und dafür eine Woche Gefängnis verbüßen soll, aufgefördert wurde, seine Strafe am 19. Juni anzutreten. Wenn nun die Nachprüfer mehrere Wochen in Anspruch nimmt, dann hat der arme Teufel seine Gnade empfangen. Wir wollen abwarten, welche Sünder als „geeignet“ vorgeschlagen worden sind.

Könnten die Vorschläge nicht vor dem 16. Juni bereits eingammelt sein, damit die Amnestie am 16. Juni eintreten konnte?

Die anläßlich des Regierungsjubiläums Kaiser Wilhelms gemachten Stiftungen dürften die Höhe von rund 70 Millionen Mk. erreicht haben. — Tagesgespräch: Die Dummheit drängt sich vor, um gesehen zu werden; die Klugheit zieht zurück, um zu sehen. Carmen Sylva.

Die Firma G. Ahmann,

Spezialhaus für fertige Herrengarderobe, liefert die Uniform-Anzüge für die Eisenbahnbeamten. Sie hat Reisende, die Bestellungen aufsuchen und anprobieren. Dagegen die Firma monatlich 150 Mk. festes Gehalt, 5% Provision für Uniform-Anzüge, die nicht durch die Kleiderkasse für Unterbeamte gehen, 10% für verkaufte Zivilanzüge den Reisenden zahlt, so wird es ihnen doch schwer, auf ihre Unkosten zu kommen.

Die Eisenbahn gewährt den Reisenden freie Fahrkarte!

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht am 17. v. Ms., in welcher sich ein Reisender wegen Unterschlagung von 363,16 Mark zu verantworten hatte, gab einen Einblick in den Geschäftsbetrieb der Firma.

Der Angeklagte gestand zu, den Betrag von Kunden faßfert aber nicht abgeliefert zu haben. Er habe zwar einen Gehalt von 150 Mark monatlich bezogen, durch die Provision habe er 150 Mark verdient, womit er die Reisepfeifen decken mußte. Der Verkehr mit den Eisenbahnbeamten habe aber viel Schmiegelder gefordert, erstens um Aufträge zu erlangen, zweitens um zu verhindern, daß die zahlreichen Beanstandungen und Reklamationen nicht zur Kenntnis der Verwaltung gelangten. Die verpackten Sachen habe er gleich mitbringen müssen. Die Reisenden haben freie Eisenbahnfahrt, aber an Bier- und Zigarrenpenden an die Beamten habe er sehr viel ausgeben müssen. Ihm sei es passiert, daß wenn er auf die Station gekommen sei, einer eine Lage Bier angebracht hätte. Auf seine Anfrage, es hat wohl einer Geburtstag, ist ihm zur Antwort geworden, das nicht, aber wenn der Reisende von Pömann — Verpömann kommt, der muß eine Runde zahlen. Der Reisende habe sich bei Ahmann beschwert, daß es ihm zu viel Spesen koste, worauf ihm diefer geraten habe, wenn Sie früh abfahren, haben Sie doch schon Kaffee getrunken, eine Frühstückstulle haben Sie bei sich und Mittagessen können Sie schon für 75 Pfg. haben, so daß Sie mit 2 Mk. pro Tag auskommen können. Der Angeklagte wendete ein,

daß dieses Leben eines Reisenden für eine Hoflieferantenfirma nicht würdig sei, er habe u. a. wiederholt in Leipzig den Marineverein bearbeitet, um den Auftrag der einheitlichen Bekleidung zu erhalten. Einmal sei ein anderer Reisender mitgegangen — zwei reden besser als einer hat der Chef gelacht. — Der Kollege bekam 8 Mk. Spesen ersetzt, ich nichts.

Ich bin Ahmann angegangen um Bewilligung eines Vorstufes, weil ich meinen Gehalt zum Teil mit im Interesse der Firma verwenden müsse, er habe keine Versicherungspolice zum Pfand gegeben, aber Geld habe er nicht erhalten.

Die Firma fingierte Anproben von Konfektion für Zivilbekleidung, er habe stets 10—15 Beschwerden mitgebracht. Um dies alles zu unterdrücken, habe er die Gelder zum Spenden verwandt.

Als Zeuge kam der Proturist Schmidt, der zugab, daß der Angeklagte seit 6 Jahren bei der Firma gekauft und bezahlt habe, selbiger war im Dezember v. J. stellungslos, weshalb ihn der Proturist engagierte. Zeuge gab zu, daß der Angeklagte Reklamationen zu unterdrücken hatte, damit sie nicht zur Kenntnis der Verwaltung kämen. Er habe auch seine Pflicht getan, er scheine aber den Fehler gehabt zu haben, sich gegen die Eisenbahnbeamten zu gutmütig zu zeigen, eine Zigarre und ein Schmitz Bier hätte es auch getan. Ich kann nur sagen, daß der Angeklagte gearbeitet hat, ich vermag aber nicht zu sagen, daß er die Gelder in seinem Nutzen verwendet hat.

Der Angeklagte hielt dem Zeugen vor, daß er sich geäußert habe, er werde ihn, wenn er etwas gegen Ahmann aus sage, ein halbes Jahr ins Gefängnis bringen, eine Stellung solle er dann nicht wieder bekommen wie sein Vorgänger. Der Zeuge dachte die Drohung dahin, nur gelacht zu haben: Ueberlegen Sie, was Sie aus sagen, es kommen immer Anfragen bei Ahmann. Er habe mit dieser Drohung nur bezwecken wollen, ein Geständnis zu erzwingen, es tue ihm leid, daß er ihn habe anzeigen müssen.

Der Zeuge R., Vorgänger des Angeklagten betonte, daß er 119 Reklamationen in einer Saison gehabt habe.

Der Zeuge Schmidt erklärte die Behauptung des Angeklagten über fingierte Anproben von bereits in Stettin fertig gestellten Sachen dahin: Der Angeklagte sei im Irjahn, es sind keine Sachen von der Stange, sondern wirklich Sachen nach Maß, welche zwar nicht in eigener Werkstatt angefertigt, sondern nach auswärtig (Berlin?) in die Konfektionsfabrik geschickt werden, so bald es sich um einen billigen Anzug handelt. Das Gericht führte aus, der Angeklagte hat Gelder im Interesse der Firma zu Spenden verwendet, er aber hatte auch das Interesse, Aufträge zu erhalten und Provision zu verdienen, er habe sich strafbar gemacht, es sei auf eine Geldstrafe von 80 Mark erkannt.

Die Beurteilung des William Pfeiffer

hat rechtlich denkende Gemüter sehr erregt. Sie legten sich die Frage vor, was hat er bis jetzt verbrochen, war die Straftat wirklich so hart zu bestrafen? Dabei lassen sie die Urteile gegen andere Sünder, die großen Bankmännchen, die sogar Verdienstbuden auf dem Gewissen haben, einen Maßstab bilden, alle die Pfeiffer näher kennen, wissen, daß er eher keinen Bestand verlossen hätte, als die Taten mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, er hat es getan, weil ihm in einem Rechtsanwaltsbureau erklärt wurde, das ist zu machen.

Wer anders denkt, der halte sich einmal vor Augen, wie eigentlich bestraft wird.

Zustigat Legendere wurde am 12. Juni von der Strafkammer in Köln a. Rh. wegen Unterschlagung von 250 000 Mk. Wündelgeldern zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis verurteilt. Gehörte dieser nicht auch ins Zuchthaus?

Das Strafgesetzbuch ist veraltet, es wird die höchste Zeit, daß dieses umgeändert wird.

Rechtsanwalt Richard Thiel in Berlin ist wegen Unterschlagung von 10 000 Mk. aus einer Vermögensverwaltung am 7. Juni verurteilt.

Der Rechtsanwalt von Drehmer in Wilmersdorf ist von der Staatsanwaltschaft wegen Depotunterschlagung verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis Moabit zugeführt worden. Der Verhaftete hatte seinerzeit die vielbesprochene Millionenerbschaft des verstorbenen Pfarrers Viebe zu regeln; auch dabei soll er sich verschiedene Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen.

Auch diesen droht das Zuchthaus nicht.

In Amerika ist es anders: In Paterson (New Jersey) ist der Redakteur eines Arbeiterblattes zu einer Gefängnisstrafe von 1—15 Jahren, je nach guter Führung, und zu einer Geldstrafe von 250 Dollar verurteilt worden, weil er bei einem Streik in der Seidenindustrie zu Feindseligkeiten gegen die Regierung aufgereizt hatte. — Im „freien“ Amerika!

Das Konkursverfahren

über das Vermögen der Ehefrau des Rittergutsbesitzers Lücke, Lily Lücke geb. Kühn in Trebitz a. G., Tochter des hier verstorbenen Erzlegens Kühn, ist eröffnet. Die

Frau hat in Halle tüchtig eingekauft, leider immer vergessen zu bezahlen. Die Leidtragenden geben sich dem Schicksal hin, recht herzlich wenig Procente zu erhoffen, zumal der Ehemann ebenfalls pleite ist.

* Der Himmel war diesmal dem Blumenorso auf der Saale gnädig. Dagegen die Ausflüchten am Tage zuvor recht betäubend waren, so trat doch am Sonntag Kaiserwetter ein und der auf über Hunderttausende von Neugierigen angewandene Menschenstrom konnte betrieblig werden. Wenn auch viele nicht von der Gondelfahrt gesehen haben, so hatten sie Gelegenheit, ihre Blicke in die Käste zu lenken um Juppeln zu schauen, doch er kam nicht.

Der Fremdenverkehr hat sich gehoben, dennoch haben die Landiente um Regen gebeten, weil es die höchste Zeit war. Zu Thüringen hatte es so stark geregnet, daß die Saale aus den Ufern getreten ist. Bei uns setzte der Johannistag mit Regen ein, dem ein Gewitter mit starker Wasserpeise folgte.

Die Bauernregel sagt:

Vor Johannist bet' um Regen
Nachher kommt er ungelegen.

Zur „Studentenbude“.

Verläßt der junge Mensch das Gymnasium, um an den Büsten der Alma mater das Geschäft eines Sänglings zu übernehmen, steht er bereits unter einer Suggestion. Seit Jahren und Jahren hat ihm der Herr Papa und alle möglichen Leute vorzerräht, die Universitätszeit sei die schönste und herrlichste des ganzen Lebens. Er möge sie ja recht „benützen“ — nimmer käme sie wieder! Furchbar würde er es einmal bereuen, würde er es nicht tun. Der junge talentvolle Mensch läßt sich dies natürlich nicht zweimal sagen. Mit 19 Jahren steht er nun zum erstenmal allein im Leben. Also rin ins Vergnügen! Freilich ein grauames Vergnügen nach Umständen! Das ganze studentische Leben spielt sich eben nur zu häufig auf einem ganz falschen Terrain ab, einem Terrain, das weit ab liegt von dem der wirklichen Alma mater. Abgesehen von den Fäulen, in welchen wirkliches, gediegenes Studium in Betracht kommt, ist dieses Terrain der Konvent, das Wirtshaus und Café, der Frechboden und die Kneipe. Das ist der Boden, in dem der Student, den ich hier meine, wurzelt, wurzelt mit allen seinen Fäulen. Der gute junge Mensch hat ja gar keine Zeit, zu Hause zu sein. Für ihn ist die Bude nichts wie eine Schlafstelle, d. h. eine Stelle zum Ausschlafen, denn selbst zum wirklichen, orientlichen Schlaf fehlt ihm die Zeit. Er ist nicht mehr wie ein besserer Schlafsucher. Irgendwo muß doch der Fleck sein, wo seine Bettstelle steht. Nur darum braucht er ein Heim. Es ist ein Schlafheim, nicht mehr. Würde es der gute Ton in seiner Lebenslage gestatten, bei Mutter Grün zu wohnen, d. h. hätten Polizei und Universität nicht Bedenken dagegen, so stände der diesbezüglichen Ersparnis von 30 Markern pro Monat für die Wohnung nicht das Geringste entgegen. Heimlich, wirklich heimlich fühlen wir uns nur an der Stätte geistiger Erholung, geistlicher Erhebung. Sie allein machen uns unsere vier Wände teuer. Zur geistigen Erholung, zur geistlichen Erhebung gehört eben ein Fundus. Ist dieser Fundus nicht da, so ist die ganze Erholung und Erhebung von vornherein aus falsch! Da hängt eins mit dem andern untrennbar zusammen. Die Geschnäcker sind eben verschieden. Sehr verschieden! Dem einen ist das Wirtshaus heilig, dem andern sein Studierstich.

Welche Folgen das sogenannte studentische Leben nach Umständen zeitigt, geht gerade aus dem Verhältnis hervor, in dem viele Studenten zu ihrer „Bude“ stehen. Laufende von Studenten sind so verneinbar, daß sie überhaupt unfähig geworden sind, nur eine Stunde ruhig auf ihrem Zimmer zu bleiben. Geistlos und blöde irren viele dieser wahrhaft bebauernswerten jungen Leute lieber auf der Straße umher, sitzen in der Kneipe herum, ehe sie die Energie finden, ein Buch in die Hand zu nehmen, und auf ihrem Zimmer zu sitzen. Wer nur einmal einen solch tranken Menschen gesehen hat, wird das ganze System verurteilen, zumal wenn er weiß, daß wir, wie gesagt, Laufende solcher tranker Studenten besitzen. Und so was nennt sich „akademische Freiheit“? Wie von einem bösen Geist getrieben, rennen sie von der Straße in das Wirtshaus. Ueberall hin, nur um Gottesmüllern nicht nach Hause!

Und da suchte man diesen Verhältnissen mit polizeilichen Maßregeln zu begegnen. Die Konzeptionspflicht der Vermieter! Ja, wenn sie etwas helfen würde. Dann ließe sich wohl darüber sprechen. Und ist nicht auch zu bedenken, daß Laufende von Wirtshaus an Wirtshaus, auf dieses höchst zweifelhafteste Vergnügen angewiesen sind? Warum diesen Schwierigkeiten machen wollen? Sämt der Konzeptionspflicht geht es da aber dort recht lustig zu, so lustig, daß es fast abendend ist. Es scheint also auch die Konzeptionspflicht wenig Garantie zu bieten für die Beseitigung gewisser Schäden. Ich weiß ja nicht, wie es jetzt ist. Aber zu meinen Zeiten waren ja „sturmfreie“ Buden nicht allzu häufig.

Die Vermieter hatten keinen guten Ruf, auch nicht diejenigen die mieten. Mieter und Vermieter waren gleichwertig. Beide taugten genau das gleiche. Und findet die Gemeinheit nicht immer Gelegenheit, sich zu betätigen? Wenn nicht da, so doch dort. Mit der Polizei ist in einem solchen Falle nichts gebiet.

Wenn in einer anderen Beziehung die Reformbewegung einleitet würde, wäre das ein Verdienst. Die erste große Enttäuschung erfuhr ich damals gleich beim Antritt meiner ersten Bude. Da stand ich nun, halb das Heimweh nach den Eltern und den verlassenen Verhältnissen im Herzen, halb unter dem Banne der Erwartung der kommenden Ereignisse stehend, in meiner gemieteten Bude. Rahl waren die Wände. Mißtraulich grinsten mir die Bilder längst Verstorbener entgegen, Urgroßmutter, Erbtanten, die mir nichts hinterlassen und längst hinter geschlummert waren in den ewigen Schlaf! Unheimlich war's und eiskalt ließ es mich über den Kopf. Wohne da ich? Oder ein besserer Schneidergehilfe? Es hätte eben so gut auch das Zimmer meines allergrößten Todfeindes sein können. Zur Kompottierung der Böhle fehlte nur mehr mein eigener Totenkübel. Sinaus, nur wieder hinaus! Dabei war's fürchterlich! Fünf Minuten später saß ich im Hofbräuhaus.

Sicherlich muß der Einzelne seiner Wohnung das Gepräge selbst geben. Wenn ihr aber fremde Tanten und Großmütter bereits ihren Stempel aufgedrückt haben, so ist es mit jeder weiteren Individualität eben aus. Der Student muß die Bude aber so vorfinden, daß er aus ihr etwas machen kann. Ist ihm dies erst gelungen, so wird er sicherlich seine Freunde daran haben. Es ist dies gerade so, als wenn ein Mann so bumm ist, seiner jungen Frau die von seinen eigenen Eltern ererbte Einrichtung aufzubringen. Diese Frau wird sich ebenfalls nie heimlich fühlen zwischen den von der Schwiegermutter hinterlassenen Kästen und Schränken. Und heimlich müssen wir uns überhaupt fühlen. Sonst streunt die Frau auf der Straße, der Mann aber geht ins Bierhaus. Was sollten sie schließlich auch sonst tun?

Die heutige Einmachkunst der Hausfrau.

Gerade jetzt spart die kluge Hausfrau viel Geld, wenn sie an das Einmachen der Früchte, Konserven, Gemüße u. d. denkt, denn nach der Spargelzeit kommen jetzt schon die Beeren auf den Markt. Sie braucht daher:

„Die heutige Einmachkunst der Hausfrau.“ Mit Bereitung von Salaten und Kompotts. Ein Hilfsbuch für den sparsamen Hausfrau. Ueber 150 gute Rezepte und Anweisungen. Herausgegeben von E. Friede Beck. Preis 90 Pfg., Porto 10 Pfg. Verlag C. Abigt, Wiesbaden.

Die praktische Hausfrau auf dem Lande muß, und diejenige in der Stadt sollte unbedingt stets zur richtigen Zeit größere Vorräte von Obst- und Beerenfrüchten, Fruchtsäften, Gemüßen einmachen bzw. für spätere Verwendung konservieren, denn damit wird sie die beträchtlichsten Ersparnisse in Haushalt erzielen und die nacheinanderfolgenden Ausgaben fallen auch ihr nicht schwer, weil sie sich auf die ganze fruchtbare Zeit des Jahres verteilen. Das vorliegende reichhaltige und sehr preiswerte Buch mit seinen 150 Rezepten und Anweisungen muß der wirtschaftlich denkenden, rednenden Hausfrau willkommen sein und wird sich durch die Ersparnisse im Haushalt bezahlt machen. Man wird es stets neben einem Kochbuch benötigen. Also, Hausfrauen vergeßt das Einmachen nicht!

Der Siebenstücker.

Wenn sich die Bauernsache diesmal bestätigt, dann Gnade uns, Regen sieben Wochen lang und die Ernte verkauft. Hoffentlich trifft dies diesmal nicht zu.

Nah und Fern.

Zum Regierungsjubiläum Wilhelm II., deutschen Kaisers und Königs von Preußen.

Seinem ehrliehen Willen und seinem rastlosen, nie ermüdenden Streben, das Beste Deutschlands zu wollen, verdankt es Wilhelm II. zum größten Teil, wenn das deutsche Volk über die vielen Schwächen und Fehler besonders seiner Auslandspolitik leichter hinwegzulaufen, wenn es die Einkreisungspolitik Edwards VII. nicht auf das verunglückte Krüger-Telegramm und den Erfolg desselben, also die Isolierung Deutschlands nicht auf das Konto der kaiserlichen Ziti-Ziti-Politik setzte, sondern auf fremden Neid über den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands zurückführte.

Das muß jeder Unbefangene zugeben, daß die Zeit von 1888 bis 1913 für Deutschland eine Zeit ungeahnten Aufschwunges gerade auf wirtschaftlichem Gebiete war. Es fand ein riesenhaftes Anwachen von Handel und Industrie statt; die Industrialisierung Deutschlands ging in einem Tempo vor sich, das beispiellos ist. Es fragt sich allerdings, ob die Folgen einer so riefenhaften Entwicklung auf die Dauer für Deutschland günstige sein werden. Schon jetzt machen sich

recht verderbliche Begleiterscheinungen sehr unangenehm bemerkbar: Habgucht, Luxus, Vergnügungs- und Genussucht. Hand in Hand mit dieser zunehmenden Industrialisierung Deutschlands steigerte sich das Interesse für Kolonien. Unter Wilhelm II. hat sich die Größe des deutschen Kolonialbesitzes nach und nach zur dritten Stelle nach England und Frankreich, emporgearbeitet, wobei es freilich ohne schwere Verwicklungen, ohne politische Opfer an Gut und Blut für Deutschland nicht abging. Und an dieser wirtschaftlichen Entwicklung, an der Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes hat Wilhelm II., der, im Gegensatz zu Bismarck, sich nicht mit National- und europäischer Politik begnügte, sondern Weltpolitik treibt, hervorragenden Anteil.

Nicht weniger als 28 neue Ordensauszeichnungen hat Wilhelm II., König von Preußen in den 25 Jahren seiner Regierung gestiftet, auf daß keinerlei Verdienst, wenn es sich nur an die königliche Gnadenliste heranzubringen versteht, unbelohnt bleibe.

Als der Graf von Hajo, ein zu dem nähern Fremdenkreise Friedrichs des Großen gehöriger Offizier das Anglist hatte, im Duell seinen Gegner durch einen einzigen Säbelhieb sofort zu töten, wurde der König so entrüstet, daß er seinen bisherigen Gästling mit den harten Worten verabschiedete: „Ich liebe tapfere Offiziere, aber Scharfrichter kann ich in meiner Armee nicht gebrauchen!“

Anzeigenteil des „Militär-Wochenblattes“: Joseph Cavanagh. Court Tailor. Paris, 26, Av. des Champs-Elysees. Hofschneidermeister S. K. H. des Prinzen Friedrich Leopold von Preussen und S. K. H. des Grossherzogs von Hessen. Filiale Berlin W., Unter den Linden 3, Eingang Wilhelmstrasse.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Inzerat: Es sind folgende Gegenstände gefunden worden: Am 6. März cr. 1 Damenherz. Nähere Auskunft erteilt das Zentralbureau, Zimmer 32a des königlichen Polizeipräsidiums, an Wochentagen zwischen 9 und 1 Uhr. Der Polizeipräsident.“ ... Alle verlorenen Damenherzen wird Traugott v. Jagow schwerlich an den Mann bringen!

Sechs „loyale Unterthanen“ haben folgende Droschke an König Georg von England nach dem Buckingham-Palast geschickt: „Nachdem die verfassungsmäßigen Mittel, aus an unsern König zu wenden, gescheitert sind, hat Emily Davison (Davidjohn!) ihr Leben dahingegen, um seine Aufmerksamkeit auf das politische Verlangen der Frauen zu lenken. Wir ersuchen unsern König, diesen Appell der Frauenwelt ernstlich Aufmerksamkeit zu schenken.“ ... Wenn König Georg Spas versteht, läßt er daraufhin die obstruierenden Surratanten endlich ernsthaft verhungern!

Das allerneueste aus Byzanz. Aus Stetig wird dem „Berl. Tagbl.“ geschrieben: „In der hiesigen Marktschule mußten die Kinder bei der Jubiläumfeier nach der Ansprache auf dem jandigen Schulhofe dreimal „Hurra!“ rufen, eine Uebung, die sie schon wochenlang vorher probeweise auszuführen hatten.“ Höher geht's wahrhaftig nimmer.

Der Rückgang des „Vorwärts“, der seit den letzten Reichstagswahlen in Berlin allein 15 500 Abonnenten verloren hat (laut der offiziellen Berichterstattung in den Wahlkreisversammlungen), ist eine bedauerliche Erscheinung. Man hat sie in den Wahlkreisversammlungen konstatiert und bedauert, aber mit keinem Wort eine Erklärung versucht. Der „Vorwärts“ liebt den stärksten, wildsten, den nervenpeinigenden Ton, das ist offenbar ein großer Teil der Arbeiterschaft zuwider, und es steht auch im scharfen Gegensatz zu der Schreibweise seines einstigen Chefredakteurs Wilhelm Liebknecht, die wohl radikal war, aber doch etwas Idealisches hatte.

Der in den Jahren des Sozialistengesetzes unter Bismarckisch-Bullamerchem Regime zu verdienstem Ruhme gelangte Polizeipolizei Spring-Wahlow ist kürzlich in Bremen lang- und klanglos gestorben. Die sozialdemokratische Presse spricht aber seine und seiner Auftraggeber Verdienste durch folgende wahrheitsgetreue Erinnerungen noch einmal auf: „Als Schüler des Polizeirates Krüger suchte Spring seinen Ehrgeiz zu befriedigen, gegen das dasolohn ehrliehe Menschen scharfweisse ins Gefängnis zu bringen. Ende des Jahres 1885 meldete er sich beim sozialdemokratischen Bezirksverein des Pfens in Berlin unter der Angabe, er sei Metallbildner und heiße Wahlow. Er spielte den eifrigen Genossen und suchte mit Eifer Konjungen für ein angebliches Attentat auf den Deutschen Kaiser zu gewinnen. Das machte ihn verdächtig, zumal er's nicht bei Worten bewenden ließ, in denen er Majestätsbeleidigungen häufte; er brachte sogar Dynamit mit, wurde er in einer Verammlung entlarvt, und nachdem er fürchterliche Prügel empfangen, legitimierte er sich als Kriminalbeamter. Verhandlungen vor Gericht und im Reichstage, die sich mit Spring-Wahlow beschäftigten, reichten sich an.“ Heute würde man derartige Zustände fast für unmöglich halten. Sie können aber wieder kommen.

Man weiß, wie sich Regierungen und Parteien gegen Erlass eines Schächtverbotes mit der Motivierung wehren, man dürfe nicht die religiösen Vorschriften der Juden antasten und müsse die Gewissensfreiheit der Hebräer achten. Es ist da gut, wenn man wieder an einen Fall erinnert, der zeigt, daß seitens der Behörden auch gelegentlich anders entschieden wird. Einen solchen Fall berichtete inerzeit schmerzzerfüllt die „Allgemeine Zeitung“ des Judentums:

Das Rabbinat erklärte, daß die Ermüdung einer Leiche nach den Ritualvorschriften verboten sei, und weigerte sich, sie geschlehen zu lassen. Das Landgericht in Bremen aber erkannte zugunsten der Exhumierung. Das Oberlandesgericht wies die Berufungslage der israelitischen Gemeinde ab. Es erklärte, die Ritualvorschriften als Gegengrund für nicht sichhaltig, weil die veränderten Zeitverhältnisse noch weitere Ausnahmen erzwingen werden.“ Und zu diesen „weiteren Ausnahmen“ gehört unbedingt das Schächten.

Der Freundeslegionär Trömel, früherer Bürgermeister in Uedow, sandte an Bekannte an Saïda in Algier einen Postkartengrub, der erkennen läßt, daß sein dortiger Aufenthalt ein freiwilliger ist. Wie übrigens von glaubwürdiger Seite erzählt wird, soll T. am Tage vor seinem Verschwinden gekauert haben, daß ihm die Bürgermeisterei „zum Hals heraus-hänge!“ — Ob da die Vermutung so von der Hand zu weisen ist, daß in den Aeren des Bürgermeisters a. D. so ein bißchen Abenteuererblut fließt.

Zud und Militär - Stat.

So oft im Reichstag kommt zur Sprach' der Militär-Stat.

Geht durch den deutschen Blätterwald ein Krauschen fern und nah? Von allen Völkern auf der Welt das deutsche nur allein läßt in sein Offizierkorps noch die Juden nicht hinein. Wie wäre es doch gar so schön, wenn auch das deutsche Heer

Von Levi oder Silberstein zu kommandieren wär? Dieweil in Rußland kommandiert der Häuptling Rubinstein.

In Oesterreich der Mosesohn, in England Gildenstein, In Frankreich Biquart, Dreyfuß, Klob, Italien Nathansohn, Bei uns wär wohl recht gut am Platz der David, Frank und Gohn.

Und kam' es wirklich noch zum Krieg von Juden angeführt, Mit Juden hier und Juden dort wär jedes angeführert.

Dr. phil. Otto v. Preis, der in dem Warenhaus Wertheim in der Leipziger Straße in Berlin als Dolmetscher angestellt war und in diesem Hause Teppiche und eine Reihe anderer Wertgegenstände in Höhe von weit über 10,000 Mk. mitgenommen hatte, wurde heute von der 10. Strafkammer des Landgerichts Berlin I. wegen Diebstahls zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 9 Monate Gefängnis beantragt.

Der Viehhändler Herz Kohn in Nienburg an der Weser, Simon Kohn und Julius Weinberg in Liebenau, die ein Kompagniegeschäft betreiben, hatten im Jahre 1910 einen Umsatz von 1 Million und 92 000 Mark. Der Reinüberschuß betrug 69 000 Mk., in der Steuererklärung wurde jedoch nur die Hälfte dieser Summen angegeben. Ein enllassener Buchhalter erstattete Anzeige wegen Steuerhinterziehung, die Strafkammer setzte folgende Strafen fest: Für Herz Kohn 14 896 Mk., für Simon Kohn 14 304 Mk. und für Weinberg 17 312 Mk.

Die Mutter des gemeinsten Verbrechers aller Zeiten, des Obersten Alfred Rebl, stammt aus Nienburg und war eine geborene Sternberg. ... Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Der Staatsanwalt Witmann in Newyork hat nach mehrfältiger Untersuchung die Beweise für die Erstens eines Truffs „zur Förderung der Unflirtlichkeit“ in der Regierung nimmere die Akten übergeben. Darnach ist die gesamte gemerbsmäßige Unzucht in Newyork geschäftsmäßig durch eine Gesellschaft organisiert. Der Vorkerst hat vier Präsidenten: Generaldirektor ist ein gewisser Goldberg (Jud' natürlich). Der Truff besitzt 40 Bordelle in Newyork allein, in denen mehr als 1600 junge Mädchen ihr Sclavenleben führen. Der Jahresgewinn des letzten Jahres betrug mehr als 5 Millionen Mark. Eine große Anzahl Politiker und Polizeibeamten selbst in höheren Stellungen waren von Goldberg und seinen Freunden mit derartig großen Summen bestochen worden, daß ein Eingreifen gegen diese Drogenhändler unmöglich war. Witmann hat ausschließliche Privatdetektivs benutzt, da die städtischen Geheimpolizisten fast ausnahmslos in Dienste der weisen Sclavenhändler standen. Goldberg, der Wind davon bekommen hat, ist nach Buenos-Aires geflohen. — Auner von unsrer Zeit muß dabei sein. — natürlich an der Spitze for's junge. Und im vorliegenden Falle dürfte auch die Mehrheit der Ubrigen ihre Aphen unter jenen zu suchen haben, die bereitens durch's rote Meer gezogen sind, nachdem sie den vertrauens-

feligen Ägyptern zuvor ihr goldenes und silbernes Tafelgeschirr und andere wertvolle Dinge eskamotiert hatten.

Die Küche europäischer Monarchen.

Im Anschluß an den Berliner Monarchenbesuch plaudert das „Zeit Journal“ ganz amüsiert über die Küche der drei Majestäten. Der bestbezahlte Koch der ganzen Welt ist nach ihm der Küchenchef des Zaren, er bezieht ein jährliches Gehalt von 70 000 Mark, nebst einer Prämie von fast das Doppelte. Ihm zur Seite stehen zwei Unter-Küchenchefs, die die Kleinigkeit von 24 000 und 16 000 Mark jährlich bekommen. Das Menü am Zarenhofe umfaßt 15 Gänge, worunter sich ständig bestimmte Speisen, wie Auflauf und Birkhühner finden. Der Zar selbst ist nur ein recht schwacher Esser. Er begnügt sich meist mit einem Hammelfotelet und ein paar Früchten. Weniger prunkvoll geht es in der Küche des englischen Hofes zu. Der Londoner Küchenchef steht nicht so gut wie sein Petersburger Kollege; er bezieht nur ein Gehalt von 50 000 Mark, er steht im Kufe, die besten Meisterwerke der europäischen Kochkunst auf die Tafel des Königs zu bringen. Schade drum! Denn König Georg muß seiner Gesundheit wegen sehr diät leben. Er ist daher selten mehr als Bouillon, Fisch und ein wenig Fleisch. Er ist freilich ein besonderer Liebhaber von Speiseeis und soll davon täglich eine große Portion verzehren. Wilhelm II. kann als einziger von den Dreien wirklich Anspruch auf die Bezeichnung eines Feinschmeckers machen. Er weiß ausgewählte Gerichte wohl zu schätzen. Jedoch geht es für gewöhnlich an seiner Tafel recht einfach zu. Meistens ist sein Menü recht klein. Der Deutsche Kaiser ist, wie das „Journal“ zu verraten weiß, besonders gern kaltes Roastbeef. Früher trank er mit Vorliebe bei Tisch ein Glas Fürstberger; heute zieht er jedoch Mineralwasser jedem anderen Tischgetränk vor.

Der martialische Schweinskopf.

Die „Post“ sieht noch unbefehlten Raum in deutschen Kneipen und schreibt:

Der Kaiser hat vor kurzem der Orientgesellschaft das Recht verliehen, ein ägyptisches Abzeichen an solche Mitglieder zu vergeben, die sich um die ägyptische Forderung verdient gemacht haben, und ein ägyptisches Abzeichen den Erbschaften des ägyptischen Aleriums. Dieses Abzeichen darf neben den staatlichen Orden und Ehrenzeichen öffentlich getragen werden. Der Kaiser hat den Goldband vom Finanzkanal bereits beauftragt, vielleicht bietet ihm dieses Ereignis Gelegenheit, auch der Gesellschaft für deutsche Vorgesichte ein ähnliches Recht zu verleihen, wie den orientalischen. Wir bringen als Abzeichen den Oberkopf vor, das Sinnbild der germanischen Schlachordnung.

Früher war der Schweinskopf das Sinnbild des biedereren Charakteres. Jetzt hat sich auch er verpreußt und ist Symbol deutschen Kriegswesens geworden.

Dem neugewählten preuß. Landtagsabgeordneten **Proske Witkowski** wurde vom Bischof Rosenreiter in Kaln die Ausübung seines Mandates verboten. Witkowski ist als Vertreter der Polen im Wahlkreis Neustadt-Putzig-Karlsruhe gewählt worden.

Der **Bürgermeister von Rom** soll seine Demission gegeben haben. „Aus Gesundheitsrücksichten“, sagen seine Getreuen. Wer's glaubt! Nathan ist Jude und Meister vom Stuhl. Das kennzeichnet zur Genüge

die Unhaltbarkeit der Verhältnisse, unter denen seit 1870 das Oberhaupt der katholischen Christenheit in der „ewigen Stadt“ residiert.

Judentaufen in Rußland.

Der russische Minister des Innern Wotkoff hat einen Erlaß herausgegeben, demzufolge die jüdischen Apothekergehilfen in ganz Rußland Wohnrecht besitzen sollen, unabhängig davon, ob sie den Apothekerberuf tatsächlich ausüben oder nicht. Das Zeugnis über die gut bestandene Prüfungsprüfung verleiht ihnen das unbeschränkte Wohnrecht in Rußland. — Im übrigen hilft man sich durch Taufen. Unter dem Titel „Die Taufsteuer in Rußland“ berichtete eine jüdische Wochenschrift am 25. April d. J.: „So haben in letzter Zeit in Kiew zahlreiche jüdische Advokaten auf die Nachricht hin, daß sie als Juden nicht zur Ausübung der Advokatur zugelassen werden, mit dem Hinweis darauf, daß sie keinen anderen Ausweis hätten, die Taufe genommen. In Warschau haben in den letzten Tagen nicht weniger als 50 jüdische Techniker den Uebertritt zum Christentum vollzogen. Diese Massentaufen haben bisher allerdings nur die Wirkung gehabt, daß seitens der Regierung über Maßnahmen beraten wird, um das Eindringen getaufter Juden in die russische Gesellschaft zu verhindern. So z. B. enthält die Verordnung bezüglich der Aufnahme von Militärärzten eine ganz neue Bestimmung, wonach Judentaufen bis zur dritten Generation vom militärärztlichen Dienste ausgeschlossen sind.“

Kaffe Zoll und Kaffeewertung.

Verteuerung durch Steuern — und durch Spekulation.

Die Finanzreform vom Jahre 1908 in ihrem Kampfe um die Erbschaftsteuer warf ihre Schatten in den Kampf um die Landtagsmandate und gab besonders den linksstehenden Parteien immer wieder das Material, mit dem sie auf Stimmungsmache und Stimmenfang in den breitesten Schichten der Bevölkerung ausgingen.

Es ist bekannt, daß die Finanzreform durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages und Annahme im Bundesrat eine Besteuerung auf Kaffee legte, die dem Reich alljährlich etwa 42—45 Millionen Mark einbringt und, wie angegeben werden muß, von der konsumierenden Bevölkerung getragen wird. Die Steuer beträgt auf das Pfund berechnet nur einige Pfennige und ist daher ganz und garnicht danach angetan, eine direkte nennenswerte Verteuerung des Kaffees herbeizuführen.

Es ist nun gewiß jedermann bekannt, daß der Kaffee in den letzten Jahren eine ganz wesentliche Verteuerung erfahren hat, die für den Hochkaffee von etwa 35 Pf. pro Pfund auf etwa 70 Pf. pro Pfund beträgt.

Die Verteuerung des Kaffees ist die Folge einer eigenartigen spekulativen Tätigkeit brasilianischer Kaffeeproduzenten, die teilweise mit deutschem Gelde vorgenommen und für die der vortreffliche Titel „Kaffeewertung“ geprägt worden ist.

Infolge außerordentlich günstiger Ernten und einer sich ständig steigenden Kaffeeproduktion schwamm vor einigen Jahren Brasilien, speziell der brasilianische Staat Sao Paulo, in Kaffeewerten, die unverkäuflich waren und die die dortige Landwirtschaft in schwere Bedrängnis brachten. Um der Landwirtschaft in Sao Paulo und diesem Staate selbst zu helfen, liehen englische und deutsche Banken dem Staate Sao Paulo Gelder in Höhe von 300 Millionen Mark, von denen deutsche Banken 40 Millionen Mark übernahmen.

Mit diesem Betrage kaufte der Staat Sao Paulo sämtliche Kaffeevorräte seiner Landwirtschaft auf, rettete dieselbe vor dem Untergang und Zusammenbruch und vernichtete nun den größten Teil dieser Vorräte durch Feuer, um durch vermindertes Angebot erhöhte Kaufpreise zu erzielen. Es sollen zuverlässigen Berichten zufolge 8 Millionen Sack aufgetauft worden sein und der Anleihe von 300 Millionen Mark als Unterpfand gebietet haben. Die Steigerung des Kaffees von 35 Pf. auf etwa 70 Pf. pro Pfund beträgt für diese 8 Millionen Sack rund 500 Millionen Mark und an den deutschen Verbrauchsziffern von Kaffee berechnet rund jährlich 150 Millionen Mark für das deutsche Volk.

Dem Kaffee sind also durch die Zollpolitik jährlich 45 Millionen und durch die „Kaffeewertung“ rund 150 Millionen Mark aufgelastet worden und müssen von deutschen Volke getragen werden. Dem Staat Sao Paulo, dem diese Kaffeewertung sehr gut bekommt, hatte die Verpflichtung, den nicht bisher ausgelassen Anteil der feinerzeit zwecks Aufkaufs der Kaffeeproduktion aufgenommene Anleihe zum 1. Juli 1912 zurückzugeben. Diese unangenehme Verpflichtung haben deutsche Banken dem Staate Sao Paulo in liebenswürdiger Weise abgenommen und ihm die Rückzahlung gestundet und weiterhin einige Millionen geborgt, um auch in Zukunft die Kaffeewertung recht erfolgreich weiter betreiben zu können.

Von diesen Vorgängen hört man in liberalen Versammlungen nichts. Es wird immer auf die durch die Finanzreform erfolgte Verteuerung durch Steuern hingewiesen, über die viel größere Verteuerung durch spekulative Machenschaften wird geschwiegen.

Der eigenen Regierung, der eigenen Landwirtschaft der Zoll und der Schutz verweigert und für die brasilianischen Farmer Geld gegeben, um diese vor dem Bankrott zu bewahren und mit diesem Gelde das deutsche Volk zu bewahren.

Konervative Weltanschauung — liberale Politik. Zwei Gegensätze, die nicht zu überbrücken sind, die aber das Volk kennen muß, um bei den Wahlen urteilen zu können.

Bei Einkäufen empfehlen sich:

Richard Elze

Größte Auswahl in Posamenten, Trikotagen, Kurz-, Woll- und Weisswaren. — Neu angekommen: **Putz.**
Gegründet 1883. **Marktplatz 6.**

Alexander Blau

Tapisserie, Posamenten, Trikotagen und Wollwaren.
Geschäft besteht seit 1853. **Leipzigerstrasse 99.**

W. F. Wollmer

Posamenten, Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren.
Gegründet 1769. **Gr. Ulrichstrasse 4.**

H. Schnee Nacht., A. & F. Ebermann.

Spezialität Trikotagen, Strümpfe.
Gr. Steinstr. Nr. 84.

Gust. Liebermann

Herrenartikel, Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren.
Geiststr. 42.

Tüchtiger Buchhalter

und Korrespondent aus der Futter- und Düngemittelbranche zum möglichst sofortigen Antritt gesucht. Derselbe muss an durchaus selbständiges und gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt sein. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter U. B. 9473 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

Ges. z. Septbr. od. Oktbr.

tüchtige Mamsell,

erfahr. in Küche, Einmachen, Backen, Schlachten, Federvieh. Zeugn. u. Gehaltsanspr. eins. Rittergut Calbe, Milde, Il.

Suche z. 1. Aug. einfaches

Kinderfräulein

zu 5 jährigem Kinde. Schneid. erwünscht.
Frau Rittmeister Wurm, Drossa bei Wulfen (Anhalt).

Die Hälfte einer Porzellanfabrik ist z. Preise v. 185 000 M. zu verk. Reingew. 40 000 M. Offerten unter J. V. 1800 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Jena, erbeten.

Mein jedes Jahr nur einmal stattfindender

Grosser Saison-Ausverkauf

beginnt **Dienstag, den 1. Juli cr.**

In diesem bietet sich aussergewöhnlich günstige Gelegenheit, gute moderne Qualitäten in **Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Wollmousselinen, Waschstoffen, fertigen Kleidern, Kostümen, Kostümröcken, Blusen, Paletots, Jacketts, Staub- und Regenmänteln, Umhängen, Unterröcken.**

zu enorm billigen, teils über die Hälfte ermäßigten Preisen

einzukaufen.

Leipziger
Straße 97.

Theodor Rühlemann,

Leipziger
Straße 97.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: C. Schröder, Halle a. S., Mittelstraße 6. — Druck von Carl Gleditsch, Halle a. S., Geißeistraße 19, Fernruf 902.

Halleische Reform.

Organ für das  werktätige Volk.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halleische Reform“ erscheint am 1. und 16. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 **Mr. 50 Pf.** Durch die Post: 1 **Mr. 62 Pf.** inkl. Bestellgeb. (Post-Zeitungsliste Nr. 3398). Durch Kreuzband bezogen 2 **Mr. 25 Pf.** für drei Monate. Einzelnummer 20 Pf. — Anzeiger: Die fünfgespaltenen Petit-Zeile 20 Pfennig.

Alle Sendungen sind an Redakteur **C. Schröder**, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 15.

Halle a. S., den 1. Juli 1913.

20. Jahrgang.

Der Untergang des Mittelstandes.

Die Zeiten, da die Liberalen unter Führung eines Mannes wie Eugen Richter gegen die Sozialdemokratie gekämpft haben, sind dahin. Offen wird für sozialdemokratische Tendenzen eingetreten, offen Verbrüderung mit der Sozialdemokratie empfohlen.

Die Wähler müssen an die Geschichte des Liberalismus denken und an seine Taten. Taten, die gegen das Volk gerichtet sind, die den

Mittel- und Handwerkerstand ruiniert haben

und der Allmacht des rücksichtslosen Großkapitals zum Siege verholfen haben. Der Handwerker, Kaufmann und Beamte muß mit 5000 Mark Einkommen zum Wehrbeitrag beitragen. Aber die Aktiengesellschaften sollen, so beantragte der Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei in der Budgetkommission des Reichstages, von der Steuer frei bleiben.

Was sind dieser Tatsache gegenüber alle Reden und Worte der Liberalen von Mittelstandspositiv und vom Schutz des Handwerks? Worte, leere Worte, denen Taten des Gegenteils direkt gegenüberstehen. Gering nehmen sich die von den rechtsstehenden Parteien zum Schutze der Deutschen Landwirtschaft festgesetzten Zölle gegenüber den Beträgen aus, die das internationale Großkapital an den Verbrauchssartikeln des deutschen Volkes durch Spekulation, Trust- und Syndikatsbildung, die so lebhaft von liberaler Seite unterstützt wird, wucherisch erhebt.

Die Sozialdemokratie hat eigentlich nie ein Behl daraus gemacht, daß sie der ärgste Feind des Mittelstandes ist. Sie hat oft genug betont, daß die Kleinbetriebe verschwinden müssen, damit die Verelendung der Massen möglichst schnell vor sich gehe, damit die Unterschiede zwischen Reichtum und Besitzlosigkeit recht groß werden und eine Revolution um so günstigeren Boden finden könne. Sie hat daher mit Freuden die liberale Gesetzgebung der 70er Jahre begrüßt, die diese Entwicklung förderte. Sie hat mit den Liberalen all die Vorschläge der rechtsstehenden Parteien bekämpft, die Handwerk, Kleingewerbe und Kleintausmannsstand vor der Erdrösselung durch den Großbetrieb schützen sollten. Im Juli 1890 schrieb die „Sächsischen Arbeiterzeitung“:

Wir werden immer bestrebt sein, den Unschleunigen; je eher es verschwindet, desto besser.

Diese Aeußerung ist der Sozialdemokratie im Vorwärtsverlage erschienene Schrift: „Wahl Berlin 1907, sucht sie daher von den Reichstagsabgeordneten abzuschneiden, und zwar dadurch, daß sie behauptet sei im Frühjahr 1890, als jene Aeußerung veröffentlichten Elementen geleitetes Blatt gewesen. waren aber die sogenannten „Jungen“, von der Erfurter Tagung im Jahre 1891 losgelagt.

Bemerkenswert ist eine Aeußerung, die im sozialdemokratischen Reichstagsabgeordnete Volk- 26. April 1903 veröffentlicht wurde:

„Uns als Arbeiter kann der Untergang gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verdrängt ist, desto besser. In der politischen Bewegung, überall tritt er uns hin, können wir dessen Untergang nicht früh genug begrüßen.“

Nicht nur die offizielle Sozialdemokratie, sondern auch die Arbeiter und Drahtzieher der so genannten Genossenschaften sehen in dem Vorhandensein und Kleingewerbes ein Hindernis für die Ausbreitung der Genossenschaften. Folgerichtig sagte daher auf der 1. Versammlung des Genossenschaftsverbandes der Sozialdemokratischen Partei in Berlin 1902:

„Wer ehrlich das Genossenschaftswesen fördern will, der muß den Weg geben, als daß der Mittelstand nicht in die Genossenschaften hineingezogen wird.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb 1905 in Nr. 2. Teile seiner Schrift „Die soziale Revolution“: „Der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebor in Berlin 1902:

„Die Sozialdemokratie hat mit dem Mittelstande absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, d. h. der Handwerker, Ladenbesitzer, Klein-Industriellen, zu vertreten.“

Bebel sagt in seiner Schrift „Unsere Ziele“:

„In der jetzigen Gesellschaft existiert eine große Klasse von Menschen — und zwar nicht die schlechtesten — durch den Betrieb der Produkte. Es ist dies eine Klasse von Leuten, die als Agenten, Makler, Krämer, kurz Zwischenhändler aller Art, ihre Existenz dadurch finden, daß ein Preisaufschlag auf den Preis der Ware erfolgt, den der Konsument selbstverständlich bezahlen muß. Große Lager und Bazar's würden die Stelle unserer Kramladen, Kaufmännischen Geschäfte usw. ersetzen.“

Wenn gegenüber diesen nackten unstreitbaren Tatsachen noch ein Mittelhandmann mit der Sozialdemokratie liebäugeln oder gar einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben sollte, so kann man nur sagen: Er begeht einen politischen und wirtschaftlichen Selbstmord.

Der dritte Feind

ist und bleibt der Jude, der das Filialwesen als Spezialgeschäft ansieht. Alle fahren dabei nicht wohl, wie nachstehende Mitteilung ergibt:

Wegen betrügerischen Bankrotts ist der 25jährige Kaufmann Adolf Lewinsohn aus der Dranienburger Straße in Berlin verhaftet worden. Er hatte im September 1911 in der Rosenthaler Straße 40 ein Schuhwarengeschäft begründet und diesem drei Filialen angegliedert und zwar eine in der Großen Frankfurter Straße 110, die zweite am Hamburger Platz in Charlottenburg, und die dritte in der Nehringstraße. Er entnahm seine Waren fast ausschließlich auf Kredit von auswärtigen Firmen und regulierte nur mit Wechseln. Als die Schuldsumme über 200 000 Mark groß war, „verschob“ er die ihm gehörigen Geschäfte an eine von ihm begründete G. m. b. H. Den Gläubigern bot er 50 v. H. ihrer Forderungen. Aber auch diese „bezahlte“ er nur mit langfristigen Wechseln, offenbar mit der Absicht, sie niemals einzulösen. Er wird sich mit seinen Helfershelfern wegen der betrügerischen Manipulationen vor Gericht zu verantworten haben.

Man rückt man in Deutschland nicht auf den Leib, anders

Wucherische Warenanhäufung.

Er gemeldet: In einer Strafanzzeige des Senators und Schokoladenfabrikanten Unternehmung über die an der Pariser Börse im Herbst 1912 erfolgten wucherischen Spekulationen ist namentlich festgestellt worden, daß der Fabrikdirektor Normand in Dreilincourt im September vorigen Jahres 380 000 Sak Zucker angekauft und der Untersuchungsrichter lud Normand vor und teilte ihm mit, daß die Anschuldigung wegen wucherischer Warenanhäufung erhebe für Deutschland.

Daß sich alle, Mann für Mann bereit erklären, mitzutreten des wichtigsten Gliedes unseres deutschen Wirtschaftskörpers,

Kreislagen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand in Stadt und Land.

Der große Teil zaghafter Menschen, die den Glauben an eine neue Ära und damit

Den Glauben an sich selbst verloren

er ergeht daher an die Mitbürger der erste Mahnruf zur Erneuerung mit dem Appell an die Liebe jedes Einzelnen zu seinem Stande, seinem Vaterlande.

Inde gekommen, wo auf

die Halleische Reform

in des Mittelstandes, abonniert wird. Wenn wir alle versichern,

Einigkeit zu geloben

in großen Bunde zusammenschließen, dem Mittelstande für Halle a. S. und den Saalkreis (Mittelstraße 6), dann ist es möglich, daß der Mittelstand dem Nachdruck verleihen kann.

Darum nochmals:

Abonniert auf die „Halleische Reform“!